Nummer 153 — Halle, Dienstag, den 3. Juli 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: 500,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 14000.00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 14000.00 Mark, in unseren Ausgabestellen abgeholt 13500.00 Mark monatlich. Die zehngespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr 600.00 Mark, im auswärtigen Verkehr 600.00 Mark. Reklamen die Millimeter-Zeile 3000.00 Mark im Ortsverkehr und 3500.00 Mark im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung. Bankhaus Reinhold Strecker, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Poincares 40 Seiten lange Antwort.

Ueberreichung des Poincareschen Schriftsatzes in London / Englische Erklärungen über angebliche Sonderaktionen / Verlauf von Rheinlesenbahnen an die französische Schwerindustrie Belgien weiter an Frankreichs Seite.

Eine offiziöse Abschwächung.

(Eigene Drahtmeldung.)

London, 3. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet: In offiziellen Kreisen Londons ist man überrascht über die Andeutung, die britische Regierung sei entschlossen, eine sofortige Regelung mit Frankreich zu erzwingen. Von ermächtigter Seite wird festgestellt, daß es durchaus vorzeitig wäre, von einem gesonderten Vorgehen Englands Deutschland gegenüber zu sprechen. — Es ist wahrscheinlich, daß die französische Antwort auf den britischen Fragebogen über die Ruhrfrage nicht vor Mittwoch überreicht werden wird. Die neue Verzögerung schreibt man der Tatsache zu, daß das neue belgische Kabinett formell erst heute sein Amt übernehmen wird. Der französische Botschafter besprach im britischen Auswärtigen Amt mit einem der zuständigen Sekretäre Punkte der Lausanner Konferenz, hatte aber nicht eine Unterredung mit Lord Curzon, da Lord Curzon erst am Abend aus der Provinz nach London zurückkehrte. Gleichzeitig verweigerte Baldwin im Unterhaus eine Antwort auf eine Frage, die direkt auf diese Situation hinzielte. Er versicherte dem Parlament, das anscheinend wegen der Verzögerung gereizt war, die Regierung tue alles, was in ihrer Macht stehe, zur Beschleunigung. Die Gerüchte, daß man die Vereinigten Staaten herbeiziehen werde, um gemeinsam mit Großbritannien einen Druck auf Frankreich auszuüben, damit es seine Schulden zahle, wurde in britischen Amtskreisen als lächerlich hingestellt.

*

Man konnte nicht gut erwarten, daß das offiziöse England die Tonart des „Observer" zu der seinen machen würde. Die Dinge sind vorerst in der Schwebe und hängen von Poincarés ab, dessen Aufrollpolitik die englischen Diplomaten noch immer mißtrauisch hat. Baldwin hat seine Feuerprobe zu bestehen. Von anderer Seite wird gedrahtet: Die Erklärungen des „Observer", der „Daily Mail" und anderer Zeitungen über eine bevorstehende Wendung in der englischen Politik gegenüber Frankreich werden durch eine offiziöse Kundgebung, die Montag nachmittag veröffentlicht wurde, abgeschwächt. In dieser wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, auf die deutsche Note zu antworten, um der Gefahr vorzubeugen, die durch die Erschwerung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland für ganz Europa entstehen würde. In keinem Augenblick aber hätten die berufenen Vertreter der englischen Regierung diesen Wunsch in einer drohenden Form ausgedrückt, wovon eine gewisse englische Zeitung gemeldet hat. Die Unterhandlungen zwischen London und Paris seien im Gegenteil immer sehr herzlich gewesen und hätten beiderseits vom Geiste der Versöhnung Zeugnis abgelegt. Die offiziöse Note erklärt weiter, es unterliege keinem Zweifel, daß die verschiedenen Verzögerungen seit der Bekanntmachung der deutschen Note die Ungeduld erweckt hätten, die in den letzten Tagen in den politischen Kreisen zutage getreten sei. Ferner erklärt man an offizieller Stelle, daß die gegenwärtige Lage nicht länger mehr ohne Gefahr sich hinziehen könne, daß aber der Pessimismus, der von verschiedenen Zeitungen zur Schau getragen wird, gegenwärtig unberechtigt erscheine.

Schriftliche Antwort Poincares.

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 3. Juli.

Während die gesamte Presse die Frage noch erörtert, ob vom Quai d'Orsay eine schriftliche Antwort nach London geschickt werde oder nicht, ist diese Antwort, wie die Eingeweihten wissen, schon abgegeben. Ein Mitarbeiter des „Ere Nouvelle", der gute Beziehungen zu maßgeblichen Stellen hat, teilt mit, daß die Antwort in versöhnlichem Tone gehalten sei, aber den bekannten Standpunkt im wesentlichen vertritt. In derselben Angelegenheit schreibt die „Chicago Tribune": Poincaré hat gestern auf den bekannten englischen Fragebogen eine 40 Seiten lange Antwort abgeschickt. Der französische Botschafter in London, St. Aulaire, erhielt die Weisung, den wesentlichen Inhalt dieser Antwort Lord Curzon mitzuteilen, doch wenn dieser es wünsche, auch die schriftlichen Ausführungen zu überreichen. St. Aulaire wurde gestern in Abwesenheit Lord Curzons von Sir Crewe empfangen, der ihm versicherte, daß die englische Regierung nicht die Absicht habe, getrennte Reparationsverhandlungen mit Deutschland einzuleiten oder eine internationale Reparationskonferenz einzuberufen, und ebensowenig beabsichtige, an Amerika möglichst eines gemeinsamen Druckes auf Frankreich bezüglich Bezahlung seiner Schulden heranzutreten.

*

Das Wesentliche dürfte wohl sein, daß Poincaré es auf eine neue Machtprobe ankommen läßt. Daß sich die feindlichen Brüder an der Seine und an der Themse nun gleich tüchtig in die Haare geraten würden, hat wohl niemand erwartet. Poincaré wird seiner Advokatenkunst auch diesmal Ehre machen und mit vertraulichem Tone, d. h. mit vielen schönen Redensarten von gemeinsamen Interessen an Deutschlands Ausraubung die diesmal das hartnäckigeren Engländer zu fangen suchen. Wie werden die Würfel fallen? Wird England fest bleiben?

*

Paris, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im „Echo de Paris" äußert sich Marcel Hutin über den Ministerrat, der heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand im Elysée stattfinden wird. Er erklärt, die Wendung, die die französisch-englischen Verhandlungen über die Reparationen genommen hätten, würden viel für diesen Ministerrat von außerordentlicher Bedeutung sein. Poincaré werde den Präsidenten der Republik und den übrigen Ministern eine vollständige Darstellung der Instruktionen geben, die an den französischen Botschafter in London gerichtet worden seien. Nach Aeußerungen zahlreicher Abgeordneter in den Wandelgängen der Kammer werde die Regierung weiterhin für ihre Haltung in der Ruhrfrage die vollkommene Mehrheit der Kammer sowie der öffentlichen Meinung finden. Eine Einigung mit England wird gewünscht, aber nicht zu einem Preise, der einer völligen Niederlage gleichkommen würde.

Die Durchführung der Verkehrssperre.

(Eigene Drahtmeldung.)

Hamm, 3. Juli.

Die Zahl der Todesopfer bei der Brückensprengung der Rheinbrücke Duisburg-Hochfeld soll sich auf 9 Tote und 48 Verwundete belaufen. Als Sanktion für die Sprengung haben die Franzosen in Gladbeck, Osterfeld, Recklinghausen und Buer durch Plakatanschläge von gestern abend 12 Uhr bis heute abend 12 Uhr jeglichen Fuhrwerks- und Straßenbahnverkehr verboten mit Ausnahme von Lebensmitteltransporten. Die von der Interalliierten Rheinlandkommission angeordnete Verkehrssperre wird strikt durchgeführt. Allein in Bahwinkel ist die Ein- und Ausreise noch frei; doch erwartet man angeblich für heute nacht die Durchführung der Sperre. Heute morgen wurde der Bahnhof Bottrop-Nord von den Franzosen besetzt. Der Stadt Oberhausen ist von der Besetzung eine innerhalb acht Tagen zu zahlende Kontribution von 100 Millionen Mark auferlegt worden, die angeblich wegen eines Sabotageaktes an einer Fernsprechleitung verhängt wurde. Die „Gute Hoffnungshütte" bei Oberhausen wurde von den Franzosen besetzt.

*

Dortmund, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gegen die Absperrung des besetzten Gebiets erhoben die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen sowie die Angestellten- und Beamtenverbände schärfsten Protest. Aus Duisburg wird gemeldet: Die von der Besatzungsbehörde verhängten Sanktionen aus Anlaß des Eisenbahnunfalls in der belgisch besetzten Zone haben eine dumpfe Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen. Man findet das Vorgehen der Besatzungsbehörden umso unbegreiflicher, als bis jetzt nicht der geringste Grund zur Annahme vorliegt, daß ein Attentat von deutscher Seite vorliegt. Aus den französischen Pressemeldungen geht hervor, daß man sich auch bei den Besatzungsbehörden noch keineswegs im klaren ist, über die Ursachen des Unglücks. Einmal spricht die Agentur Havas von der Explosion eines Gasbehälters; an anderer Stelle wird davon gesprochen, daß eine Bombe die in einem Reisekoffer versteckt gewesen sei, explodiert ist. Von deutscher Seite sind sofort nach Bekanntwerden des Unglücks alle möglichen Schritte getan worden, um die Ursachen aufzuklären. Die Ermittelungen der deutschen Behörden werden aber von belgischer Seite dadurch geradezu sabotiert, daß das Betreten der Unglücksstelle auch den deutschen Untersuchungsbehörden nicht gestattet wird.

Belgischer Sadismus in Buer.

Buer, 3. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Die Besatzungstruppen hausen hier mit unerhörter Rücksichtslosigkeit. Die Bevölkerung ist ununterbrochen den schlimmsten Quälereien und Schikanierungen ausgesetzt. In der näheren Umgebung mit Feldarbeiten beschäftigte Frauen mußten verschiedentlich im Straßengraben in knieender Haltung verharren und die Hände hochhalten. Radfahrern wurden Mäntel und Schläuche durchschnitten und vereinzelt die Fahrräder zertrümmert. In Buer sind bereits drei Tote und ein Schwerverletzter und in Gladbeck drei tote Deutsche zu verzeichnen. Die Frau eines polnischen Arbeiters wurde von einem für die Franzosen tätigen Italiener erschossen. In Kirchhellen mußten alle Kirchgänger mit erhobenen Händen zur Kirche gehen.

*

Auch in Calen sind mehrere Arbeiter erschossen worden. Bei ihrer Beerdigung wurden sämtliche Teilnehmer einzeln, mit erhobenen Händen, nach Waffen durchsucht. In Gladbeck wurden alle Spazierstöcke mit Metallstücken weggenommen. In Gladbeck sind abermals 2 Milliarden Mark Lohngelder der Bergsinspektion fortgenommen worden.

Belastungszeugen im Judetprozeß.

Paris, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Prozeß Judet kam die wichtigste Belastungszeugin, die Frau des Schweizer Malers Bossard, zu Wort. Frau Bossard, eine geborene Französin, hat ihre erste Aussage gegen ihren Mann sowie gegen Judet zur Zeit ihrer Ehescheidungsklage (!) gemacht. Heute wiederholt sie, daß Judet mit ihrem Manne in einer vereinbarten Geheimschrift korrespondiert habe, wozu sie selber ihren Beistand leisten mußte, daß Judet ferner an ihren Mann nach der Schweiz Geheimschriftstücke sandte und daß er ihm auch einen Bericht über seine Unterredung mit dem Kardinal Gasparri in Rom sandte, der für den deutschen Gesandten in der Schweiz, Herrn von Romberg, bestimmt war. Judet hätte fernerhin für einen Mann eine monatliche Bezahlung von 3000 Franken und einmal eine Summe von 10 000 Franken, die von Deutschland herrührten (!), gesandt. Der Verteidiger Judets weist auf eine Reihe von Widersprüchen in den vor dem Untersuchungsrichter und den jetzt öffentlich abgegebenen Aussagen der Zeugin hin.

Theunis vor der Entscheidung.

Politische Ausnützung des Duisburger Eisenbahnunglücks.

Aus Brüssel klang es in den letzten 14 Tagen, zumal nachdem die Kabinettskrise allerlei Verlegenheiten schuf, etwas versöhnlicher in die Welt hinaus. Es war nicht mehr die Kriegsfanfare Poincarés, die man dort blies, sondern es zeigte sich unverkennbar ein Hinneigen zu dem englischen Standpunkt im Reparationsproblem. Heute ist das wieder völlig anders geworden. Die belgische Presse strotzt von giftigem Haß gegen Deutschland. Paris ist wieder Trumpf. Und der Grund für diesen Stimmungsumschwung? Das Unglück auf der Duisburger Rheinbrücke. Es ist zwar noch gar nicht aufgeklärt, ob es sich wirklich um ein Attentat handelt, und vor allem liegt noch nicht der Schein eines Beweises dafür vor, daß Deutsche, wenn tatsächlich verbrecherische Hände am Werke waren, dabei beteiligt sind. Ja, es ist sogar schon der Verdacht aufgetaucht, daß es sich um einen Schandplan französischer Hetzer handelt, die das Attentat auf einen belgischen Militärzug verübten, um die Erbitterung gegen angeblich deutsche Saboteure zu richten und dadurch die Wut gegen Deutschland zu schüren, aber solche Erwägungen finden zurzeit in Brüssel keine Statt. Man tobt in Entrüstung gegen den hinterlistigen, heimtückischen Boche, der auf solche Weise Krieg gegen die Ruhrtruppen führe.

Von Paris aus wird natürlich diese Auffassung noch geflissentlich gestärkt. Poincaré hat sich sogleich beeilt, der belgischen Regierung sein Beileid auszudrücken und sozusagen die Leichen der verunglückten belgischen Soldaten zu politischen Zwecken zu mißbrauchen. Das zeigt, wohin Frankreichs Hoffnungen gehen. Es meint, den Bundesbruder, der bisher so treulich an der Seite Poincarés marschiert ist und nur mal in letzter Zeit Seitensprünge machen wollte, wieder ganz fest an sich ketten zu können. Ob das zurückgekehrte Ministerium Theunis die französischen Erwartungen letzten Endes voll erfüllen wird, ist allerdings eine andere Frage. Theunis wird heute, wenn die Voraussagen recht behalten, in der belgischen Kammer eine große politische Rede halten, mit der er um das Vertrauen der Abgeordneten werben will. Poincaré hat ihn freilich schon am Freitag im französischen Senat festgelegt durch die Versicherung, daß Belgien ebenso wie Frankreich die Prüfung der deutschen Vorschläge ablehne. Unter diesen Umständen wird also die belgische Volksvertretung heute vor eine schicksalsschwere Entscheidung gestellt. Man muß sich aber vergegenwärtigen, daß die belgischen Parteigegensätze nicht nur wegen der Universität Gent recht scharf geworden sind, sondern noch mehr wegen der Frage der militärischen Dienstzeit. Der liberale Kriegsminister Deneze und König Albert standen bisher auf dem Standpunkt, daß eine Dienstzeit von 14 Monaten unbedingt nötig sei. Die Frage der militärischen Dienstzeit hängt aber unmittelbar wieder zusammen mit der Ruhrpolitik und ihrer Durchführung.

Belgien hatte sich durch Abmachungen mit den Alliierten verpflichtet, rund 12 000 Mann zur Besetzung der Rheinlande zu stellen. Diese Ziffer ist jedoch infolge der Besetzung des Ruhrgebiets stark überschritten, und um die erhöhte Ziffer zu erhalten, schlug das frühere Kabinett die Erhöhung der Dienstzeit auf 14 Monate vor, traf aber dabei auf den entschiedenen Widerspruch der katholischen Partei und der Sozialisten. Letztere verlangen sogar nur eine Dienstzeit von 6 Monaten. Da sich kein anderer Politiker fand, den verfahrenen Karren aus den Schwierigkeiten herauszuführen, hat bekanntlich Theunis sich doch entschließen müssen, die Liquidation der von ihm unternommenen Ruhrpolitik selbst zu übernehmen. Vielleicht hofft er, mit den Parteien einstweilen zu einem Waffenstillstand zu kommen, bis zu den Herbstferien, so daß er zunächst freie Hand hätte für die Entscheidung, ob er mit Paris oder, was zuletzt als wahrscheinlicher galt, mit London in der Reparationsfrage gehen könne. Die heutige Kammertagung wird vielleicht eine Klärung bringen. Darum haben auch wir in Deutschland ein besonderes Interesse daran.

Belgien auf Frankreichs Seite.

Paris, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das belgische Kabinett stellt sich heute der Kammer vor. Theunis wird, wie aus Brüssel bekannt wird, eine kurze Erklärung verlesen, in der er auf die Notwendigkeit hinweist, die Ruhrpolitik in ihrer jetzigen Form an der Seite Frankreichs fortzusetzen und auf Grund eines französisch-belgischen Reparationsprogrammes die interalliierte Einheitsfront wiederherzustellen.

Poincares „Erfolge".

Essen, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Trotz aller Anstrengungen ist es der französisch-belgischen Eisenbahnregie im Monat Juni nicht gelungen, die Transporte im wesentlichen zu steigern. Ihre Leistungen gehen nicht erheblich über ⅓ der von Deutschland vor dem Ruhreinbruch freiwillig gelieferten Kohlenmengen hinaus. Die Höchstzahl der Leistungen im Juni beträgt 1180 Wagen (3. Juni). Das entspricht einer Menge von 17500 Tonnen. Dagegen ist diese Ziffer in den folgenden Tagen bis auf 245 Wagen heruntergegangen. Später hat sich allerdings der Transport gesteigert, ohne die am letzten Juni erreichte Höhe wieder zu gewinnen. Der Abtransport von Kohle und Koks auf dem Wasserwege ist ganz unbedeutend. Er hat im Monat Juni die Menge von 20 000 Tonnen nicht überschritten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230703010/fragment/page=0001

Deutsche Fragen vor dem Völkerbund.

Genf, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Außer der Saarfrage stehen noch verschiedene andere, die deutsche Oeffentlichkeit interessierende Fragen auf der Tagesordnung des Völkerbundsrates. 1. Verschiedene Danziger Angelegenheiten, darunter die Finanzlage Danzigs, die Regelung des Paßzwangs für nach und aus Polen reisende Danziger. 2. Die Auslegung des Art. 4 des Minderheitsvertrages vom 28. Juni 1919. Die Behandlung dieser Frage ist auf die Beschwerden des Deutschtumbundes in Polen hin, trotz anfänglichen polnischen Widerstandes, auf die Tagesordnung gesetzt worden.

*

Danzig, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die in Genf weilende Delegation Danzigs teilt mit, daß der Finanzausschuß des Völkerbundes über die Finanzlage der Freien Stadt Danzig und über die Währungsreform verhandelte und Vorschläge an den Rat des Völkerbundes gemacht hat. Der polnische Außenminister übersandte an den Vorsitzenden des Völkerbundsrates eine Note, in der er behauptete, der Völkerbund dürfe nicht innerpolitische Angelegenheiten behandeln, der Versailler „Vertrag" sei in Danzig bezüglich Polens nicht verwirklicht worden. Daher sei eine Prüfung des gegenwärtigen Standes der Dinge von Grund auf sowie eine Erfüllung der gegebenen Bürgschaft notwendig. Der Antrag Polens, so erklärt der Vizepräsident des Danziger Senats, die Zuständigkeit des Völkerbundes auf innerpolnische Angelegenheiten auszuschließen, geht auf eine grundlegende Aenderung der Stellung Danzigs und der Stellung des Völkerbundes gegenüber den Danzig-polnischen Fragen hinaus. Damit würde praktisch der Schutz des Völkerbundes, unter den Danzig gestellt worden ist, beseitigt werden.

Ein angeblicher Bombenfund.

Paris, 3. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Nach einer Koblenzer Meldung von Havre sollen im Mainzer Tunnel 2 Bomben mit Zeitzünder gefunden worden sein. Eine sei explodiert, ohne besonderen Schaden zu verüben, die andere habe ein französischer Offizier unschädlich gemacht. Gegen Mainzer Beamte seien „Sanktionen" ergriffen worden.

*

Frankfurt a. M., 3. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Von gut unterrichteter Seite wird folgendes mitgeteilt: Ein im Polizeigewahrsam deutscher Behörden befindlicher Duisburger Arbeiter namens Endemann hat eingestanden, und zwar unter genauer Angabe von Ort und Zeit, daß er mit belgischen Geheimpolizisten zusammengekommen sei, die ihn und einige andere Duisburger benutzen wollten, um gegen das Duisburger Rathaus und Theater Bombenattentate zu unternehmen.

Amerikas U-Bootsangst.

Neuyork, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der frühere Marineminister Daniels erklärte in einer Rede mit Bezug auf den jüngst in England vom Stapel gelaufenen Unterseekreuzer XI, daß dadurch der Geist der Washingtoner Verträge verletzt worden sei. Dieses Unterseeboot habe in der Tat ein ebenso starkkalibriges und ebenso weittragendes Geschütz an Bord, wie irgend ein amerikanisches Großkampfschiff. Dabei habe es aber den Vorteil, daß es nach erfolgter Beschießung unter Wasser verschwinden könne. Er teile ferner mit, daß innerhalb 24 Stunden nach dem Bekanntwerden des Stapellaufes Harding den Wunsch geäußert habe, eine zweite Konferenz nach Washington über den Unterseebootkrieg einzuberufen. Wenn diese Konferenz zustandekäme, müsse sie das Verbot der Unterseeboote beschließen, da es keinen ernsthaften Krieg mit einer so verräterischen Waffe gebe.

Der Fechenbach-Prozeß im Reichstag.

Der Reichstag, der nach kurzer Pause wieder zusammengetreten ist, setzte zunächst den Gesetzentwurf über die Feier- und Gedenktage von der Tagesordnung ab und beschloß, die Fechenbach-Interpellation der Sozialdemokraten zu behandeln. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Präsident Loebe die aufsehenerregende Mitteilung, daß der Abgeordnete Dr. Most (D. Vpt.) wegen der Duisburger Eisenbahnexplosion als Geiselinhaftiert worden ist. Der Präsident sagte zu, daß alle Schritte getan werden würden, um den Abg. Most zu befreien, aber er gab selbst zu, daß den Franzosen gegenüber, die eben erst wieder sieben Deutsche zum Tode verurteilt haben, wenig Hoffnung bestehe, daß sie einen Akt des Rechts vollziehen werden. Das Haus gab derselben Anschauung lebhaft Ausdruck. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der sozialdemokratische Abg. Dittmann begründete breit und ausführlich die Fechenbach-Interpellation seiner Partei. Der Journalist Fechenbach in München hatte bekanntlich eine Denkschrift Erzbergers aus dem Herbst 1914 über die deutschen Kriegsziele an das Ausland verkauft; deswegen wurde der Anklagte aber nicht verurteilt, weil die Münchener Räterepublik ebenfalls die Münchener Denkschrift veröffentlicht hatte. Mit 11 Jahren Zuchthaus wurde aber Fechenbach belegt, weil er das sogenannte Ritter-Telegramm an einen Schweizer Journalisten verkauft hatte, der es im Pariser „Journal" veröffentlichte. Es handelt sich hier um ein Telegramm des bayerischen Vertreters beim Vatikan vom 24. Juli 1914, also unmittelbar vor Beginn des Weltkrieges. In diesem Telegramm wird erklärt, der Papst habe nach dem Attentat von Serajewo eine Kriegserklärung für selbstverständlich gehalten und daß man ihm günstigere Gesinnungen finden könne. Der Redner behauptete, daß das Telegramm im Jahre 1919 nur noch historischen Wert gehabt habe, so daß die Verurteilung ein Justizverbrechen sei. Das Urteil müsse ungesäumt aufgehoben werden. In Beantwortung der Interpellation erklärte zunächst der bayerische Gesandte Dr. v. Preger, daß die bayerische Regierung dem Urteil gegenüber nur rechtliche und tatsächliche Gesichtspunkte in den Vordergrund stelle. Bei Begnadigungsgesuchen sei gründlichste Prüfung aller Verhältnisse zugesagt worden. Ein Gnadengesuch Fechenbachs liege noch nicht vor. Wenn es eingehe, werde eine gründliche Nachprüfung erfolgen. Reichsjustizminister Heinze wies darauf hin, daß das Urteil auf Grund der mündlichen Verhandlungen ergangen sei, die hier unbekannt seien. Das Bayerische Oberste Landesgericht werde die Angelegenheit nachprüfen, der Reichstag könne es nicht. Der Minister stellte dann fest, daß die Veröffentlichung des Ritter-Telegramms tatsächlich schädlich gewirkt habe. In der Aussprache schieden sich die Geister als der Parteikeilung. Abg. Emminger (Bayr. Vpt.) verteidigte die bayerischen Volksgerichte. Fechenbach habe tatsächlich dem Feinde Vorschub geleistet. Das hätte noch viel schärfer bestraft werden können. — Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Portoerhöhung um 333 Prozent zum 1. August.

Berlin, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Heute vormittag ist der Ausschuß des Verkehrsbeirates zusammengetreten, der sich mit der Festsetzung der neuen Postgebühren für den 1. August befaßt. Vom Ministerium wird eine Erhöhung um 333 Prozent vorgeschlagen, die jedoch nur als allgemeine Grundlage zu gelten hat.

Lohn und Index.

Berlin, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Halbamtlich wird gemeldet: Nachdem die vorbereitenden Besprechungen über die Wertbeständigkeit der Löhne im Reichsarbeitsministerium zu Ende geführt sind, tritt noch im Laufe dieser Woche eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildete kleine Kommission unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums und unter Hinzuziehung der beteiligten Reichsministerien zur Verhandlung über die gleiche Frage zusammen. Inzwischen haben auch die Beratungen über die Beschleunigung des Index ihren Abschluß gefunden. Mit der Veröffentlichung des neuen Wocheninder wird etwa Mitte Juli zu rechnen sein. Schon vorher wird zum ersten Male mit der Bekanntgabe der Durchschnittsindexziffer für den Monat Juni — ein Wocheninder — mitgeteilt werden, der aber noch auf den Mittwocherhebungen der vergangenen Woche beruht.

Reichsrat gegen Reichstag.

Mit vieler Mühe war das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom Reichstag angenommen werden. Jedoch hatte der Reichstag die Regierungsvorlage in einem wesentlichen Punkte geändert, indem er aus Paragraph 6 die Worte „Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane" gestrichen hatte, so daß hierfür auch nicht approbierte Aerzte zur Behandlung zugelassen werden. Der Reichsrat stellte sich deshalb auf den Standpunkt, daß das Gesetz in seiner vom Reichstag angenommenen Fassung seines Hauptzweckes beraubt sei, weshalb der Reichsrat Einspruch gegen das Gesetz erhob. Hiermit ist einer der seltenen Fälle geschaffen, daß der Reichsrat gegen ein Gesetz, daß in unendlich langen Beratungen und unter großen Mühen vom Reichstage verabschiedet wurde, Einspruch erhebt. Mit 48 gegen 13 Stimmen, bei 3 Stimmenenthaltungen, hat der Reichsrat gegen das Gesetz Einspruch erhoben. Was nunmehr aus dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten selbst wird, ist fraglich. Jedenfalls steht zu wünschen, daß die Regierungsvorlage, in ihrer ursprünglichen Form, nun dennoch im Reichstag zur Annahme gelangt. Man muß sich darüber klar sein, daß die Zunahme der Geschlechtskrankheiten eine außerordentlich große Gefahr für unsere Volksgesundheit bedeutet, eine Gefahr, die um so größer ist, als auch die Ernährung manches zu wünschen übrig läßt, so daß allein die Krankheiten, die durch die schlechte Ernährung ihre Ausbreitung finden, der Volksgesundheit schon erheblichen Abbruch tun.

Planmäßiger Ueberfall durch Kommunisten. Vom Berliner Polizeipräsidium wird berichtet: Der Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Angehörigen einer Jugendgruppe des deutschnationalen, nämlich des Walther Runick hat der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums Veranlassung zur Einleitung eines umfangreichen Ermittelungsverfahrens gegeben. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich bei jenem Zusammenstoß um einen planmäßigen Ueberfall der Kommunisten, die zum Teil mit Waffen (Dolchen) versehen waren. Auf die Ermittlung der Täter, welche den Tod des Walther Rudnick verursacht haben, hat der Polizeipräsident eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt.

Heutiger Stand des Dollars 160400!

Eine öffentliche Gefahr.

Die unglaublichen Druckpapierpreise.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger teilt mit: Nachdem die Verhandlungen mit den Druckpapierfabrikanten wegen des Papierpreises am Donnerstag, den 28. Juni, insofern ergebnis verlaufen waren, als die Fabrikanten endgültig einen Preis von 7000 Mark für das Kilogramm forderten, zuzüglich eines Aufschlags für Zellstoff, der nach dem Dollarkurs am Sonnabend, den 30. Juni festgesetzt werden sollte, und das Reichswirtschaftsministerium einen Preis von 6300 Mark auf derselben Grundlage errechnet hatte, während die Zeitungsverleger nur höchstens 6200 Mark als berechtigt anerkennen konnten, haben die Druckpapierfabrikanten ohne weitere Verhandlungen den Papierpreis auf 7380 M. per Kilogramm festgesetzt. Dieser Preis soll aber nur bis zum 15. Juli als Festpreis gelten mit dem Vorbehalt, daß, wenn eine Kohlenpreiserhöhung eintritt, diese mit sofortiger Wirkung im Papierpreis zum Ausdruck kommen soll. Für den Rest des Monats Juli, also vom 15. bis 31., soll der durchschnittliche Dollarkurs der vorausgegangenen Wochen maßgebend sein. Als Beispiel wird seit 15 der Fabrikanten folgendes angeführt: Der Dollarkurs vom 1. bis 15. Juli stellt sich im Durchschnitt auf 140 000 Mark. So sollen von der Steigerung von 20 000 Punkten 50 Prozent auf den Papierpreis der ersten Julihälfte für die zweite Julihälfte hinzugeschlagen werden. Bei einem Fallen des Dollarkurses in der Zeit vom 1. bis 15. Juli unter 110 000 Mark tritt in gleicher Weise eine Ermäßigung des Grundpreises ein. Auch für die zweite Hälfte des Monats Juli bleibt der Vorbehalt bestehen, daß wenn eine weitere Kohlenpreiserhöhung eintritt, diese Mehrausgabe sogleich im Grundpreis zum Ausdruck kommen soll.

Die von den Papierfabrikanten gestellte Preisforderung haben die Vertreter des Zeitungsgewerbes bei den Verhandlungen als wesentlich zu hoch eingestzt bezeichnet und müssen diesen ihren Standpunkt aufrechterhalten. Schärfsten Einspruch haben sie gegen die neuen Zahlungsbedingungen erhoben, die das Zeitungsgewerbe in ganz unzulässiger Weise belasten und bei der Struktur desselben nicht erträglich sind. Eine Anfrage an das Reichswirtschaftsministerium, ob von dieser Seite weitere Verhandlungen mit den Fabrikanten in die Wege geleitet werden sollten, um den nach Ansicht der Zeitungsverleger viel zu hohen Preis für das Papier herunterzudrücken und die rigorosen Zahlungsbedingungen zu ändern, ist sich zustimmend geblieben. Es muß daher angenommen werden, daß das Reichswirtschaftsministerium sich nicht weiter um die Festsetzung der Papierpreise bekümmern will. Somit wäre auch die Festsetzung der Preise für das Druckpapier, welches zur Herstellung der Zeitungen verwandt wird, schutzlos der Willkür der Fabrikanten ausgesetzt. Der deutschen Presse erwächst die Pflicht, die Oeffentlichkeit auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die in einer derartigen Entwicklung liegen. Was diese gerade in der jetzigen Zeit bedeutet, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Kabinen für die Rhön-Fliegerringhütte.

Ein Aufruf!

Die im Rhön-Segelflug auf der Wasserkuppe im letzten Jahre von unseren Fliegern erzielten Erfolge haben alle Deutschen mit stolzer Freude erfüllt. Was unsere opferbereite und wagemutige Jugend durch in jahrelanger zäher Arbeit erreicht, empfinden wir alle als Sache des ganzen Volkes. Die Weiterführung dieses deutschen Kulturwerks zu fördern, immer größere Kreise unserer Jugend am Segelflug teilnehmen zu lassen, ist eine Aufgabe, an der jeder einzelne Deutsche mitzuwirken berufen ist. Bisher fehlte dem Flugbetrieb auf der Rhön das fast völlige Fehlen von Unterkunftsmöglichkeiten auf der Wasserkuppe enge Grenzen. Ein stundenlanger Anmarsch aus den tiefergelegenen Dörfern zum Fluggelände machte den meisten Fliegern das Ausnutzen plötzlicher günstiger Witterungslagen oft unmöglich. Deshalb ist der Bau einer Unterkunftshütte auf der Wasserkuppe in Angriff genommen. Der Plan hierzu ist ausgearbeitet vom Ring der Flieger, der Vereinigung, zu der sich die alten Flieger — Flugzeugführer und Beobachter, Werkmeister und Monteure — zusammengefunden haben. Die Mittel für den Anfang der Arbeit sind vom Ring der Flieger aus den Kreisen seiner Freunde aufgebracht und Fliegerringhütte soll deshalb der bescheidene Beginn sein. An einen einfachen Aufenthaltsraum soll sich eine fortlaufende Reihe einzelner Kabinen zu je 4 Lagerstätten anschließen. Jetzt sind die ersten 6 Kabinen im Bau, der Boden aber ist dafür erworben, daß sich immer weitere Kabinen an diesen Grundstock anschließen sollen. Noch zahlreiche Kabinen sind notwendig, wenn wirklich vielen jungen Fliegern die Möglichkeit zum erfolgreichen Segelflug auf der Rhön geboten werden soll. Der Ring der Flieger wendet sich jetzt an alle Freunde der deutschen Luftfahrt in den weiten Kreisen unseres Wirtschafts- und Geisteslebens mit der Bitte, am begonnenen Werke mitzuwirken und wie bisher die Flieger selbst es taten, durch Einzel- oder Sammelstiftungen die Errichtung weiterer Kabinen zu ermöglichen. Der Preis einer Kabine stellt sich auf nur 35 Zentner Roggen, bei dem heutigen Preisstand auf etwa 3½ Millionen Mark. Der Ring der Flieger gibt der Hoffnung und dem festen Vertrauen Ausdruck, daß sich im deutschen Volke zahlreiche Freunde der Luftfahrt finden, die durch Stiften weiterer Kabinen unseren jungen Fliegern auf der Rhön eine Stätte für weitere Arbeit am Bau friedlicher deutscher Luftgeltung in der Welt schaffen.

gez. v. Eberhardt,
Generalleutnant a. D.
1. Vorsitzender des Ring der Flieger.

Was der Film Neues bringt.

Berliner Uraufführungen im Juni.

(Nachdruck verboten.)

Der Monat Juni ließ sich gut an. Es gelangten in Berlin ein paar Filme zur Uraufführung, die sich sehen lassen können. Da war zunächst die Verfilmung von Frank Wedekinds „Frühlingserwachen". Man stand der Sache skeptisch gegenüber, aber man wurde angenehm enttäuscht. Adolf Lantz und J. Fleck haben ein straffes, ungezwungenes Drehbuch geschaffen, das des Dichters Geist gerecht wird. Auch die Regie, die stellenweise geradezu vortrefflich ist, und die famos gewählten Kindertypen verdienen uneingeschränktes Lob. Nicht weniger gut erweisen sich Leopold von Ledebur, Charles Willy Kaiser, Frieda Richard und Olga Limburg. Dazu sind Max Greenbaums Photographien sehr gut. — Auch „Das Wirtshaus im Spessart", nach Wilhelm Hauffs Märchen vom steinernen Herzen (das den Besitzer inmitten seiner Goldschätze nicht glücklich werden läßt) ist als eine gelungene Verfilmung anzusprechen, die anzusehen sich auch für Ermachsene lohnt. Romantik, reizvolle Märchenstimmung, geschickt aufgebaute Handlung und schöne Bilder fesseln. Die Darstellung ruht bei Jack Malong-Münz, Jary Holm, Hans Stauffer, Gert Dorn, Lisa Blaul, Karl Wüstenhagen und Elisabeth Kyrin in guten Händen. — Sehr nett und fesselnd war der Schwedenfilm „Nach Recht und Gesetz" mit der ganz famosen Hilbur Carlberg, die trefflich und schlicht-natürlich spielt, mit Gunar Röd, Grete Almroth und ein paar sehr fein skizzierten Volkstypen. Nach Recht und Gesetz muß der neue Pfarrer die Witwe des Amtsnordgärters heiraten, und nach dem Gesetz hintergeht er sie mit seiner Braut. Doch die alte Frau versteht die Jugend, in der scheinbar rauhen Schale steckt ein guter Kern, ihr ging es ja einst ebenso — auch sie litt unter dem Gesetz. Gradlinige Handlung, die sehr fein Leute und Sitten charakterisiert, sehr sorgfältige Regie, sein eingestreuter Humor und geschmackvolle Bilder machen diesen Film sehenswert.

*

Harry Piel zeigte seine Eleganz und sein artistisches Können in einem etwas kitschig geratenen Film „Abenteuer einer Nacht" von Max Bauer. Wieder tritt er als Beschützer der Unschuld, als Retter einer Frau, die an ein Scheusal von Mann gekettet ist, auf. Durch Kaschemmen und Boudoirs, über Dächer, Leitern und Fahnenstangen geht die tolle Jagd, buchstäblich werden Verbrecher niedergeboxt, geschossen und gerungen. Aber Piel macht das mit Schwung und er — übertrifft sich hier zur Tollkühnheit. Deshalb werden seine Verehrer auf ihre Rechnung kommen — auch wenn es durchaus nicht immer „Recht" ist. — Ein Riesenfilmbandwurm ist „Die Rätsel Afrikas", die man in 25 Akten genoß. Inhaltlich echt amerikanisch: Jagd nach Entführern eines weißen Mädchens, kompliziert durch den Aufstand der Bevölkerung. Der Vater der Entführten ein englischer Offizier. Er erschießt einen Halunken, der die Ehre der Tochter seines Kommandanten beleidigte und — schweigt als Kavalier über die Beweggründe der Tat. Seine Flucht aus der Untersuchungshaft (um die Tochter zu retten) macht ihn vogelfrei. Nun geht die Jagd los. Jeder will die arme, tapfere, wagemutige Mary Walcamp, die die Hauptrolle spielt, besitzen: die Verehrer der Löwengöttin als Priesterin, der Bey von Bonda als Lieblingsfrau, die wilden Wadainegger als Mittagbrot, die Amerikaner weil ihr Vater Offizier und sie eine Weise ist. Durch Dschungeln, Schluchtschlamm, reißende Flüsse und Urwalddickicht, in denen sich die gefährlichsten Raubtiere ein Rendezvous geben, geht es, durch Wüsten, über Felsen, Brücken und Bäume, zu Fuß und zu Pferd. Und geschossen, gebotzt, gestochen und gerungen wird nach allen Regeln der Kunst. Gefährliche Abenteuer fesseln und kitzeln die Nerven, wenn man über die Mängel der Regie hinwegsieht, die oft Amerika und Afrika verwechselt. Die Titel sind böse — aber die Freunde des Abenteuerfilms werden auf ihre Rechnung kommen.

*

Ein amerikanisches Drama mit Mac Murray als zappeliger, lieber Irrwisch, dem man gut sein muß, ist „Die tanzende Maske". Erlebnisse und Ehe mit Eifersucht und ähnlichen amerikanischen Mätchen sind für unseren Geschmack etwas zu abgeschmackt erdacht, und dabei wurden dramatische Szenen, die „drüben" sicher erprobt sind, hier lachend abgetan. Die Darstellung steht über dem deutschen Durchschnitt, vor allem durch Uebertreibungen, die die Regie hätte verhindern müssen. „Im Rausche der Milliarden" behandelt in dramatisch und szenisch wirkungsvoller Handlung das bekannte Thema, daß Gold allein nicht glücklich macht. Der ideale Erfinder, der sein Mädel verläßt, um den Lockungen eines skrupellosen Millionärs und seiner Tochter zu folgen, stürzt von der Höhe seines Scheinglückes in bodenlose Tiefe, nachdem ihn das Weib verlassen hat und er erfuhr, daß sein Schwiegervater Mörder seiner Angehörigen war. Doch ehe er nach Hand an sich legen konnte, verlähmt sein inzwischen geborenes Kind ihn mit der in der Einsamkeit lebenden Braut. Neben dramatischen Höhepunkten gibt es allerdings auch Breiten, neben Stimmungsmomenten Unwahrscheinlichkeiten. Die Titel sind schlecht gewählt. Aber im ganzen ein atzeptabler Publikumsfilm mit Mary Holm, Ernst Schrumpf (der sich zu theatralisch gibt), Carla Ferra und Mary Brandt in führenden Rollen.

„Das fränkische Lied", durch dessen Zaubermacht eine Burgfrau ihren von Raubrittern gefangenen Gatten aus Pfluggeschirr und Kerkermauern befreit, führt in die von Scheffel und Wolff verherrlichten mittelalterlichen Zeiten, in denen süßliche Minne und grausiges Raubrittertum herrschten. Die Aneinanderreihung hübscher lebender Bilder sowie die Trachten fesseln das Auge, aber die Verbildlichung seelischer Regungen fehlt und daher läßt z. B. Eduard von Winterstein Spiel fall. Heinrich George als Raubritter und Artur Retzbach als leidvoller Narr wissen besser Gegenes, Inneres zu geben. Immerhin dürfte der Film nicht restlos befriedigen. Genau so geht es mit dem amerikanischen Erzeugnis „Die tolle Prinzeß", das nach einer viel gespielten Komödie von George Abe verfaßt ist. Der flotte, mitreißende Humor fehlt, die originelle Raffung des Stoffes vermißt man bei der Regie, die sich meist die Gelegenheit entgehen ließ, Pointen zu schaffen. Mabel Normand gibt das Prinzeßchen des Landes, in dem Schönheit nach Gewicht gemessen wird und das viel erdulden muß, weil es zart und dünn ist — bis der reiche Amerikaner kommt, der Verständnis für die zierliche Figur hat. Sie wird nett und humorvoll, aber ausgelassen-lustig ist sie nicht. Um sie herum ist alles Durchschnitt, bis auf ihren Erzieher, den eine gute Lustspielfigur macht, und den smarten Amerikaner, der sympathisch aussieht. Die Bauten treffen den Stil einer phantastischen Märchenkomödie recht gut. **Erich Eisler (Berlin).**

Händels „Julius Cäsar" in Berlin.

Nachdem vor einigen Jahren Dr. Oskar Hagen in Göttingen zum ersten Male den Opernkomponisten Händel auf die Bühne gebracht hat, ist nunmehr Berlin seinem Beispiel gefolgt. Und zwar ist es die Große Volksoper gewesen, die mit der Aufführung von „Julius Cäsar" eine der weitvollsten Leistungen der diesjährigen Operaisonbemühungen hat. Bei dieser Händelschen Oper erlebt der Zuhörer das, was ihm die moderne Opernmusik gar nicht oder kaum mehr verschafft: den reinen Genuß an der Musik, an der Melodie. Und diese Liebe „Alle der Musikfaktoren, diese Freude an der Harmonie, dieses Schwelgen in der Koloratur als Steigerung seelischen Ausdruckes läßt über die Kindlichkeit des Textbuches hinwegsehen, über das der moderne Mensch eigentlich lächeln sollte. Die Aufführung in der Volksoper war im schwülstigen Stil des Barock gehalten, mit Cleopatra in der Allonge-Perücke und Cäsar im vergoldeten, schlesischen umwehten Brustpanzer. — Man hatte sicher geglaubt, mit der Händeloper einem engen Kreis von Musikfreunden eine Konzertstunde zu machen; statt dessen ist sie der größte Erfolg geworden, den die große Volksoper seit langem gehabt hat. Der Hunger unserer Operpublikums nach Musik ist doch größer, als man gemeinhin denkt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230703010/fragment/page=0002